

Resolution 2: Nationalratswahl 2013 – und jetzt?

eingebracht von Sozialistische Jugend Oberösterreich, Rote Falken Oberösterreich, Kinderfreunde Oberösterreich, Initiative kritischer Studierender, Aktion kritischer Schüler_innen Oberösterreich, Verband sozialistischer Student_innen Linz

Politik muss Alternativen vermitteln

In der größten Krise des Kapitalismus der letzten 80 Jahre fehlt bislang der Gegenentwurf der Sozialdemokratie. Sie braucht wieder eine Vision einer Gesellschaft, in der nicht der Profit im Mittelpunkt steht und in der die Klassengegensätze überwunden sind. Wann, wenn nicht jetzt ist es Zeit, über diese großen Alternativen zu reden? Mehr denn je ist es daher notwendig, die Debatte über das Grundsatzprogramm der SPÖ wieder aufzunehmen.

Die Sozialdemokratie muss glaubwürdig handeln

Die SPÖ muss sich von der Illusion verabschieden, fünf Jahre mit der ÖVP nach den Wünschen der ÖVP regieren zu können, und dann im Wahlkampf als kämpferische Alternative wahrgenommen zu werden. Die SPÖ wird nur dann Vertrauen wieder gewinnen, wenn ihr Handeln in Regierung und Parlament auch den postulierten Wahlparolen entspricht. Daher darf es keine Koalition ohne Umsetzung von Vermögenssteuern, gemeinsamer Schule, niedrigeren Mieten, höhere öffentliche Pensionen besonders für Frauen und Junge, einer Verbesserung des Arbeitsrechts und einer Arbeitszeitverkürzung geben.

Parlamentarische Initiativen statt rot-blauer Sandkastenspiele

Eine Koalition SPÖ-FPÖ ist sach- und demokratiepolitisch unmöglich. Die FPÖ ist eine gewerkschaftsfeindliche Sozialabbau-partei, mit Funktionären, die vielfach Kontakte zum heimischen Rechtsextremismus haben. Dass die FPÖ Proteststimmen unter ArbeiterInnen und Angestellten anziehen kann, ist ein Alarmsignal für unsere Glaubwürdigkeit, eine Koalition oder auch nur Koalitionsverhandlungen kosten lediglich weitere Glaubwürdigkeit und bringen keine Stimmen zurück.

Die SPÖ sollte ab sofort im Nationalrat allen Parteien ihre Kernforderungen (Vermögenssteuern, gemeinsame Schule, niedrigere Mieten, Verbesserung des Arbeitsrechts, Arbeitszeitverkürzung, höhere öffentliche Pensionen besonders für Frauen und Junge) in Gesetzesform vorlegen und dafür Mehrheiten suchen. Auf diesem Weg kann die SPÖ ihren Kampf für soziale Rechte unter Beweis stellen, die anderen Parteien unter Druck setzen und wird den Beweis erbringen, wofür die FPÖ wirklich steht. Das brächte eine Aufwertung des Parlaments und wäre ein Anknüpfungspunkt auch für soziale Auseinandersetzungen außerhalb des Parlaments.

Die Sozialdemokratie muss demokratisch entscheiden

Auch wenn wir die Forderung nach Rot-Blau für völlig falsch halten, zeigt das Aufflammen dieser Debatte den Diskussionsbedarf nach dem Wahlergebnis vom 29.09.2013. Wir verlangen, dass die Partei auf allen Ebenen das Ergebnis analysiert und diskutiert wird, um daraus

politische Schlüsse zu ziehen. Ein Verhandlungsergebnis über eine zukünftige Koalition sollte einer Abstimmung auf möglichst breiter Basis – z.B. Sonderparteitag, Delegiertenversammlung unterzogen werden.

Klare Positionen in sozialen Konflikten

Die Wirtschaftskrise und die europäische Krisenpolitik haben soziale Konflikte verschärft und werden sie weiter zuspitzen. Die Sozialdemokratie muss dabei klar auf Seite der arbeitenden Menschen stehen, nicht nur rhetorisch und auch auf europäischer Ebene. Der Kurswechsel in Europa darf keine Floskel für hohe Feiertage bleiben.

Mobilisierung braucht Strukturen

Die Wahlniederlage hat klar politische Ursachen. Trotz der stärksten Aktivierung von Parteistrukturen, die es in diesem Wahlkampf gegeben hat, ist die Mobilisierung nicht gelungen. Dieses Problem muss politisch gelöst werden und darf nicht auf die Idee der demokratischen Strukturbildung abgeschoben werden. Trotzdem hat sich die SPÖ in den letzten Jahren viel zu wenig damit befasst, wie lebendige Orts- und Bezirksparteien aussehen können. Ein Prozess der Stärkung, Demokratisierung und Erneuerung darf nicht mit einer undemokratischen Zentralisierung verwechselt werden.

Für eine starke Jugendbewegung – für starke rote Jugendorganisationen

Unabhängig vom Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wird in den nächsten Jahren mit einer Zunahme an sozialen Auseinandersetzungen zu rechnen sein. Das wird auch die roten Jugendorganisationen vor neue Herausforderungen stellen. Diese Herausforderungen sind nicht allein parteipolitisch zu beantworten. Die Jugendorganisationen müssen als starke Jugendbewegung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abseits parteipolitischer Auseinandersetzungen interventionsfähig sein. Das erfordert aktive Orts- und Bezirksgruppen, einen massiven Ausbau der internen politischen Bildung, eine Stärkung der Kampagnenarbeit und der politischen Präsenz. Die Ergebnisse vom 29.09.2013 müssen auch für die Sozialdemokratie heißen, dass sie sich weiterhin dafür einsetzen muss, dass die rote Jugendbewegung sich noch stärker aufstellen kann. Deshalb wird die Arbeit der „Arbeitsgruppe Jugend“ des Landespartei-vorstandes (die bereits 1x auf der Klausur des Landespartei-vorstandes getagt hat) wieder aufgenommen, intensiviert und findet zukünftig regelmäßig statt.

- Empfehlung der Antragsprüfungskommission: Annahme und Weiterleitung an den Bundespartei-vorstand und Landespartei-vorstand